

**Forschungs- und Tätigkeitsbericht
des Lorenz-von-Stein-Instituts
für den Zeitraum 06. 12. 2012 bis 15. 10. 2013
(zur Veröffentlichung gekürzt)**

I. Personal

Die personelle Situation am Institut war im Jahr 2013 von Kontinuität geprägt.

Bereits Ende des Jahres 2012 stand fest, dass zumindest bis Mitte 2013 die Finanzierung der fünf am Institut beschäftigten Mitarbeiter gesichert ist.

Die erfolgreiche Einwerbung von Drittmitteln durch den Forschungsbereich Staatliches Innovationsmanagement führte dazu, dass alle neuen Projekt jeweils – zwar mit unterschiedlichen Laufzeiten – zum 01. Juli 2013 starteten. Dadurch konnte die Weiterbeschäftigung gesichert werden.

Finanzieller Spielraum für die parallele Beschäftigung von zeitweise bis zu sieben wissenschaftlichen und freien Mitarbeitern entstand insbesondere durch die neu hinzugekommene Förderung des Instituts durch das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) sowie die Fortführung der umfangreichen Kooperation mit der Deutschen Post AG.

Die Ausschreibung einer ½-Mitarbeiterstelle im Projekt »Ist das Grundgesetz zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Zeitalters geeignet?« (gefördert vom DIVSI) blieb leider ohne Erfolg; eine Neuausschreibung ist zum Beginn des Jahres 2014 beabsichtigt.

Die Kontinuität bei den Mitarbeitern ermöglicht es, sich verstärkt auf die originären Institutsaufgaben, den Ausbau der Drittmittelforschung sowie die gutachterliche Tätigkeit zu konzentrieren. Die Aktivitäten des Instituts konnten, insbesondere aufgrund der Bereitschaft des durch Drittmittel finanzierten Personals, auch Instituts- und Verlagsaufgaben sowie Projekte, die über die Honorarordnung des Instituts abgewickelt wurden, zu übernehmen – trotz einer unbesetzten Stelle, im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum im gleichen Umfang aufrechterhalten werden.

Der Verzicht auf einen »Computer-Hiwi« und die Zuweisung dieser Aufgaben an den Bibliothekar, ..., hat sich ebenso bewährt wie die zeitweilige Anhebung seiner Arbeitszeit auf eine ¾-Stelle. Die Aufstockung seiner Stelle auf ¾ ist derzeit befristet, soll aber verstetigt werden. Ein Antrag auf Anpassung des Stellenplans an die Verwaltung der Universität hat der Vorstand gestellt.

Im Berichtszeitraum verließ lediglich Herr *Pino Bosesky* das Institut. Aufgrund der geringeren Förderung durch den ISPRAT e.V. und der Anfang des Jahres 2013 nicht absehbaren Entwicklung, hat sich Herr Bosesky in Absprache mit dem Institutsvorstand entschieden, eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Prof. Dr. *Christoph Brüning* anzunehmen. Der Kontakt zum Institut und die dadurch mögliche Einbindung in Gutachtenprojekte etc. ist so gesichert.

Die Erfahrungen der Vergangenheit haben nämlich gezeigt, dass die während der Zeit als Mitarbeiter im Institut erworbene Expertise in Themen der Verwaltungsmodernisierung bundesweit nachgefragt ist und das Institut daher im eigenen Interesse eine enge Bindung ehemaliger Mitarbeiter aufrechterhalten will. So haben im Berichtszeitraum Frau Dr. *Anika D. Luch* und Herr Dr. *Christian Hoffmann* an Projekten, die über die Honorarordnung des Instituts abgewickelt wurden, mitgewirkt. Herr *Bosesky* ist in ein laufendes Projekt eingebunden.

Im Rahmen der Projekte zum E-Postbrief (gefördert von der Deutschen Post AG) wurden Frau *Franziska Brackmann* und Herr *Jakob Tischer* weiterbeschäftigt. Beide sind Doktoranden bei Prof. Dr. *Utz Schliesky* und waren während des Jahres 2012 auch im Rahmen des ISPRAT-Projektes »Verwaltung 2.0« beschäftigt. Herr *Tischer* ist zum 01. Juli 2013 auf das neue ISPRAT-Projekt zur »Vernetzten Sicherheit kritischer Infrastrukturen« gewechselt.

Nach Abschluss der Projekte zu den Themen »Verwaltung 2.0« und »Datenhoheit in der Cloud« wurden vom ISPRAT e.V. im Jahr 2013 keine vollen Projekte, sondern lediglich auf ein halbes Jahr angelegte »Vorprojekte« zu den Themen »Vernetzte Sicherheit kritischer Infrastrukturen« und »Mobile Government« bewilligt. Aus diesen Mitteln wird seit dem 01. Juli 2013 Herr *Tischer* auf einer ½-Stelle beschäftigt; Herr RA Dr. *Christian Hoffmann*, ehemaliger und freier Mitarbeiter des Instituts, wird im Rahmen des Projekts »Mobile Government« seit 01. Juli 2013 auf einer ¼-Stelle beschäftigt. Jeweils ist die Laufzeit bis Ende 2013 befristet.

Herr *Timm Christian Janda*, M.A., Mag. rer. publ., wechselte Anfang des Jahres 2013 aus dem ISPRAT-Projekt »Verwaltung 2.0« zunächst in das ISPRAT-Projekt »Wissensmanagement«, Mitte des Jahres 2013 dann ebenfalls auf eine von der Deutschen Post AG finanzierte ½-Stelle. Er verantwortet gemeinsam mit dem freien Institutsmitarbeiter *Dominic Völz* das Themenfeld »Netzpolitik«.

Frau *Kim Corinna Borchers*, bis Mitte 2013 im Projekt der Deutschen Post AG beschäftigt, wechselte zum 01. Juli 2013 auf das von DIVSI geförderte Projekt zum Thema »Ist das Grundgesetz zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Zeitalters geeignet?«. Die Ausschreibung einer weiteren ½-Stelle blieb erfolglos. Eine Neuausschreibung wird in Kürze erfolgen.

Insbesondere, um das Themenfeld »Netzpolitik« im Rahmen des von der Deutschen Post AG geförderten Projekts inhaltlich zu unterstützen, hat das Institut auch im Jahr 2013 Herrn *Dominic Völz*, M. A., als freien Mitarbeiter eingesetzt. Herr *Völz* hat wie Herr *Janda* Politik-

wissenschaften studiert und war im Jahr 2013 zudem als Projektmitarbeiter für die Stiftung Herzogtum Lauenburg tätig.

Im Berichtszeitraum kam es bei den Stellen der studentischen Hilfskräfte aufgrund der ersten juristischen Prüfung bzw. dem Erreichen der Höchstbeschäftigungsdauer zu drei Neubesetzungen. Anfang des Jahres 2014 wird eine weitere studentische Hilfskraft das Institut verlassen; die Stelle ist bereits neu ausgeschrieben und wird zeitnah besetzt. Aufgrund der externen Förderung war es möglich, parallel zur Zahl der Mitarbeiter die Anzahl der studentischen Hilfskräfte auf einem vergleichbar hohen Stand wie im vergangenen Berichtszeitraum zu halten.

Durch Beschluss des Verwaltungsrates am 17.12.2012 wurde turnusgemäß Prof. Dr. *Christoph Brüning* mit Wirkung zum 01.01.2013 zum geschäftsführenden Vorstand des Instituts benannt. Die übrigen Vorstandsposten waren im Berichtszeitraum unverändert mit Prof. Dr. *Utz Schliesky* und Prof. Dr. Dr. *Ulrich Schmidt* besetzt.

Im Berichtszeitraum waren die Stellen im Einzelnen wie folgt besetzt:

Vorstand

Prof. Dr. Christoph Brüning (geschäftsführend ab 01.01.2013)

Prof. Dr. Utz Schliesky

Prof. Dr. Dr. Ulrich Schmidt

Korrespondierende Mitglieder

Dr. Jost-Dietrich Busch

Prof. Dr. Hermann Hill

Prof. Dr. Martin Nolte

Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig

Prof. Dr. Christian Seidl

Wissenschaftliche Mitarbeiter

....

Bibliothek

...

Sekretariat

...

Studentische Hilfskräfte

...

II. Finanzen

Aufgrund guter Verkaufszahlen des Eigenverlages, der erfolgreichen Einwerbung weiterer Drittmittel und Projekte sowie insbesondere der Abwicklung zahlreicher gutdotierter Gutachtenaufträge konnte im Jahre 2012 ein Haushaltsüberschuss ... erwirtschaftet werden, der dem Institut im Haushaltsjahr 2012 zur Verfügung stand. Der Überschuss fiel deutlich höher

aus als im Vorjahr; dies vor allem aufgrund des Großprojekts für das Bundesministerium des Innern zu »Open Government Data«, ...

...

Im Haushaltsjahr 2013 wird der Überschuss abgebaut ... Die im Jahr 2013 über die Honorarordnung abgewickelten Gutachten waren geringer dotiert; zum Teil werden die Zahlungen der Auftraggeber erst im kommenden Jahr erfolgen. Einen Abbau des Überschusses bewirkte auch ... die Stellenanhebung des Bibliothekars auf eine $\frac{3}{4}$ -Stelle. Derzeit befindet sich zudem die 5. Auflage der Textsammlung zum Landesrecht in Produktion. Diese wird ... kosten, die dem Institutshaushalt erst durch den Buchverkauf im kommenden Jahr wieder zufließen werden.

III. Drittmittel

Nur aufgrund der (weiterhin) erfolgreichen Einwerbung von Drittmittelprojekten für den Forschungsbereich »Staatliches Innovationsmanagement« ist es dem Institut möglich, nachhaltig seinen statusmäßigen Auftrag zu erfüllen. Diese Förderung ermöglicht nicht nur die Beschäftigung weiterer wissenschaftlicher Mitarbeiter – sie führt insbesondere auch dazu, dass das Institut sein (mittlerweile) bundesweites Netzwerk zu anderen Wissenschaftseinrichtungen, Wirtschaftsunternehmen, gesellschaftlichen Initiativen und Verwaltungen ausbauen konnte.

Die an das Institut herangetragenen Projekte, Gutachtaufträge und Ähnliches erreichen mittlerweile ein Maß, welches kaum noch mit dem vorhandenen Personal und in den derzeitigen organisatorischen Strukturen bewältigt werden kann. Die Einstellung weiteren Personals gestaltet sich jedoch aufgrund der Bewerberlage einerseits, andererseits aber auch der Abrechnungsmodalitäten von Gutachten und Studien (im Nachhinein) und der damit nicht bestehenden Möglichkeit, weitere Stellen zu schaffen, als schwierig. Zum Teil können weitere Projekte dennoch verwirklicht werden, indem ehemalige Mitarbeiter auf Honorarbasis und die mit $\frac{1}{2}$ -Stelle beschäftigten Mitarbeiter darüber hinaus eingebunden werden. Auch der Einsatz von weiteren freien Mitarbeitern im Rahmen von Gutachten oder Beratungsprojekten, die auf Grundlage der Honorarordnung durchgeführt werden, hat sich bewährt.

... Die Zusammenarbeit mit der ÖPP Deutschland AG hat sich ebenfalls bewährt, was die Anzahl der in diesem Rahmen abgewickelten Gutachtaufträge noch erhöhen dürfte.

Insofern wäre zu prüfen, ob angesichts der Entwicklungen der vergangenen Jahre nicht eine weitere $\frac{1}{2}$ -Mitarbeiterstelle geschaffen werden kann – auch wenn die zur Finanzierung erforderlichen Mittel nur zum Teil in Form des Haushaltsüberschusses zur Verfügung stehen, zum Teil aber als Honorare von dritter Seite erst im Laufe des Jahres geleistet werden.

1. Gesamtübersicht

Projekt	Laufzeit	Betrag
EU-DLR I	04/2007 – 12/2007	
EU-DLR II	08/2007 – 09/2008	
EU-DLR III	06/2008 – 09/2009	
E-Perso	10/2008 – 09/2009	
E-Perso II	10/2009 – 12/2010	
Datennotar	04/2009 – 09/2010	
Innovation	04/2009 – 09/2010	
E-Daseinsvorsorge	08/2010 – 07/2011	
Web 2.0	08/2010 – 07/2011	
E-Postbrief I (2011)	10/2010 – 12/2011	
E-Postbrief II (Aufstockung 2011)		
E-Postbrief (2012)	01/2012 – 12/2012 (verlängert bis 06/2013)	
Verwaltung 2.0	10/2011 – 09/2012 (verlängert bis 03/2013)	
Datenhoheit in der Cloud	10/2011 – 09/2012 (verlängert bis 12/2012)	
Wissensmanagement	09/2012 – 08/2013	
E-Postbrief (2013/2014)	07/2013 – 12/2014	
Grundgesetz 2.0	07/2013 – 06/2014	
Netzpolitik	10/2013 – 03/2014	
Vernetzte Sicherheit	07/2013 – 12/2013	
Mobile Government	07/2013 – 12/2013	

2. E-Personalausweis (ISPRAT e. V.)

Nachdem die erste Projektphase des Projektes »Innovative Personalausweis-Anwendungen. Langfristige IT-Sicherheit sowie rechtliche Grenzen und Herausforderungen« mit der Veröffentlichung eines Kommentars zum neuen Personalausweisgesetz bereits Ende 2009 erfolgreich abgeschlossen werden konnte, soll in der zweiten Phase ebenfalls ein Kommentar – zum neuen De-Mail-Gesetz – entstehen. Da sich dessen Inkrafttreten jedoch hinausgezögert hat, konnten die Arbeiten an diesem Werk erst zeitverzögert aufgenommen werden. Ergänzend ist eine Kommentierung zum mittlerweile in Kraft getretenen E-Government-Gesetz des Bundes beabsichtigt. Die Projektlaufzeit wurde daher einvernehmlich verlängert. ...

3. Der E-Postbrief in der öffentlichen Verwaltung (Deutsche Post AG)

Im Herbst 2010 konnte das Lorenz-von-Stein-Institut einen weiteren namhaften Partner für eine Drittmittelförderung gewinnen. Die Deutsche Post AG förderte zunächst ein Projekt zum »E-Postbrief in der deutschen Verwaltung« mit Laufzeit bis Ende 2011 ... Dieses Projekt wurde in der Folgezeit einmal aufgestockt (...) sowie für das Jahr 2012 verlängert (...). Die im Jahr 2012 nicht verausgabten Mittel konnten in Absprache mit der Deutschen Post AG auch im Jahr 2013 verwendet werden.

Zum 01.07.2013 wurde ein neuer Fördervertrag geschlossen. Im Interesse längerfristiger Planbarkeit beträgt die Laufzeit nunmehr 1,5 Jahre und endet im Dezember 2014. ...

Die Mittel der zweiten Förderphase (bis 07/2013) wurden vorrangig dafür aufgewendet, die Stellen der wissenschaftlichen Mitarbeiter Frau *Brackmann*, Frau *Borchers* und Herrn *Tischer* zu finanzieren. Seit Juli 2013 sind im Projekt Frau *Brackmann* und Herr *Janda* beschäftigt. Herr *Völz* unterstützt das Themenfeld »Netzpolitik« als freier Mitarbeiter. Des Weiteren sind hinsichtlich einzelner Forschungsfelder und Aufsatzpublikationen Herr *Hoffmann*, Frau *Luch* und weiterhin Frau *Borchers* und Herr *Tischer* in dieses Projekt eingebunden.

Neben drei Veröffentlichungen im institutseigenen Verlag gingen aus dem Projekt weitere Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und zahlreiche Vorträge hervor. Im Jahr 2012/2013 wurden ergänzend folgende Themenschwerpunkte bearbeitet: »Einsatz von Identifizierungsdiensten (der Deutschen Post) im Kontext von Bürgerbeteiligungsverfahren«, »Wettbewerbsrechtliche Bewertung der De-Mail« und »Entwicklung der Netzpolitik in Deutschland«.

4. Verwaltung 2.0 (ISPRAT e. V.)

In dem im Herbst 2011 begonnenen, vom ISPRAT e. V. geförderten Projekt unter dem Titel »Verwaltung 2.0« hat das Lorenz-von-Stein-Institut gemeinsam mit der TU München (Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik, Prof. Krcmar) einerseits die Rechtsfragen der unter dem Schlagwort »Open Government« diskutierten Entwicklungen analysieren. Andererseits lag ein Schwerpunkt des Projektes auf den Möglichkeiten und rechtlichen Folgen einer weitergehenden Industrialisierung der Verwaltung, insbesondere bezogen auf operative Unterstützungsleistungen. Das Projekt wurde ... für eine Laufzeit von einem Jahr gefördert. Die Laufzeit wurde einvernehmlich bis 12/2012 verlängert.

Aus diesen Mittel wurden/werden die Stellen der wissenschaftlichen Mitarbeiter *Jakob Tischer*, *Franziska Brackmann* und *Timm Christian Janda* finanziert.

Der verbleibende Restbetrag ... ist in das Projekt »Wissensmanagement« überführt worden.

5. Datenhoheit in der Cloud (ISPRAT e. V.)

Ebenfalls zum Herbst 2011 startete ein ISPRAT-Projekt zur »Datenhoheit in der Cloud«. Förderzeitraum ist ein Jahr, ... Aufbauend auf den bisherigen Forschungen des Instituts zu den Möglichkeiten des sog. Cloud Computings soll im Rahmen dieses Projektes gemeinsam mit Fraunhofer FOKUS, Berlin, erforscht werden, inwieweit »sichere Clouds« bzw. Daten- und Dokumentensafes, auf die staatliche Stellen nur bei Bedarf nach Freigabe durch den Bürger zugreifen, eine praktikable und rechtssichere Alternative zu staatlichen »Datensammlungen« (jüngst gescheitert etwa: ELENA, elektronische Gesundheitskarte) darstellen.

Aus den Projektmitteln wurde zunächst die Stelle der wissenschaftlichen Mitarbeiterin Frau *Anne Quandt* finanziert, anschließend die Stelle von Herrn *Pino Bosesky*. Die Projektlaufzeit wurde bis März 2013 verlängert.

Der verbleibende Restbetrag ... ist in das Projekt »Wissensmanagement« überführt worden.

6. Wissensmanagement als Grundlage von Open Government Data (ISPRAT e. V.)

Zum Herbst 2012 wurde vom ISPRAT e. V. ein Projekt mit dem Titel »Ebenenübergreifendes Wissensmanagement als Basis von Open Government Data« bewilligt. Das Projekt behandelt die rechtlichen Aspekte, die – trotz der Erkenntnis, dass eine vermehrte Kooperation im Bereich des Wissensmanagements unabdingbar ist – gegenüber einer verstärkten Zusammenarbeit der Verwaltungen angeführt werden. Das Projekt baut auf bisherigen Forschungen zum Wissensmanagement, zu Shared-Service-Centern und der im Auftrag des BMI zu »Open Government Data Deutschland« erarbeiteten Studie auf.

Aus den Mitteln wurden die Stellen der wissenschaftlichen Mitarbeiter *Bosesky* und *Janda* finanziert.

7. Ist das Grundgesetz zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Zeitalters geeignet? (DIVSI)

Seit Mitte 2013 fördert das Deutsche Institut für Sicherheit und Vertrauen im Internet – eine gGmbH der Deutschen Post AG – ein Forschungsprojekt unter dem Titel »Ist das Grundgesetz zur Bewältigung der Herausforderungen des digitalen Zeitalters geeignet?«. Das Projekt wird die Auswirkungen der Digitalisierung aller Lebensbereiche auf das Grundgesetz untersuchen. Zunächst wird dabei der Fokus auf die Grundrech-

te und ihre Wirkungsweise gerichtet; waren diese in der Vergangenheit primär Abwehrrechte gegenüber dem Staat, verlangen Internet-Sachverhalte zunehmend die Aktivierung staatlicher Schutzpflichten, auch gegenüber privaten Dritten. Die Förder-summe beträgt ..., von der zwei 1/2-Mitarbeiterstellen finanziert werden sollen. Die Laufzeit endet Juni 2014.

Frau *Borchers*, bis Mitte 2013 im Projekt der Deutschen Post AG beschäftigt, wechselte zum 01. Juli 2013 auf das von DIVSI geförderte Projekt Die Ausschreibung einer weiteren 1/2-Stelle blieb erfolglos. Eine Neuausschreibung wird in Kürze erfolgen.

8. Netzpolitische Themen und Positionen in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2013 sowie deren Spiegelung im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien (DIVSI)

Im Herbst 2013 wurde mit DIVSI die Aufstockung der Mittel vereinbart, um das Thema »Netzpolitische Themen und Positionen in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2013 sowie deren Spiegelung im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien« bearbeiten zu können. Diese primär politikwissenschaftliche Tätigkeit wird von Herrn *Janda* und *Herrn Völz* übernommen. Das Projekt hat eine Laufzeit von einem halben Jahr (10/2013-03/2014).

9. Vernetzte Sicherheit kritischer Infrastrukturen (ISPRAT e.V.)

Das ISPRAT-Projekt »Vernetzte Sicherheit kritischer Infrastrukturen« widmet sich den Rechtsfragen rund um die Bedrohungen, die aus der zunehmenden IT-Abhängigkeit ganzer – kritischer – Wirtschaftsbereiche und Infrastruktureinrichtungen resultieren. Das Projekt wird in Kooperation mit Fraunhofer FOKUS, Berlin, und der Universität Frankfurt durchgeführt. Die Projektlaufzeit beträgt ein halbes Jahr (07/2013-12/2013), da das Projekt als sog. ISPRAT-Vorprojekt konzipiert ist. Die Aufgabe des Instituts besteht in einer vertieften Einarbeitung in die jeweilige Thematik (interdisziplinär: Recht, Organisation, Technik), der wissenschaftlichen Unterstützung einer ISPRAT-Arbeitsgruppe, der Darstellung des Forschungsstandes, insbesondere auch laufender Aktivitäten anderer Institutionen, sowie der Entwicklung von Forschungsthemen / Projektideen für ISPRAT.

Derzeit wird die Stelle des wissenschaftlichen Mitarbeiters Herrn *Tischer* (½-Stelle) über dieses Projekt finanziert.

10. Mobile Government (ISPRAT e.V.)

Das ISPRAT-Projekt »Mobile Government« widmet sich den Rechtsfragen des Einsatzes mobiler Kommunikation durch die öffentliche Verwaltung. Es wird durchgeführt

in Kooperation mit Fraunhofer FOKUS, der Universität St. Gallen und der TU München. Es ist ebenfalls als Vorprojekt ausgestaltet. Entsprechend ist die Laufzeit auf ein halbes Jahr (07/2013-12/2013) beschränkt; ...

Aus diesen Mitteln wird eine ¼-Mitarbeiterstelle von Herrn *Hoffmann* finanziert.

Weitere, detaillierte Informationen zu den Drittmittelprojekten finden Sie unter www.lorenz-von-stein-institut.de

IV. Gutachten auf Grundlage der Honorarordnung des Instituts

Im Berichtszeitraum wurden zahlreiche Gutachtaufträge, Vorträge o. ä. nach den Vorgaben der vom Verwaltungsrat am 17. 07. 2008 beschlossenen Regelung zum Umgang mit entgeltlichen Aufträgen von dritter Seite und der Mitwirkung an sonstigen entgeltlichen Aufträgen oder Veranstaltungen im Sinne des § 4 Abs. 7 des Statuts des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften abgewickelt.

Hierzu wurden bisher insgesamt **58 Honorarvereinbarungen** zwischen Institut und den beauftragten Mitarbeitern geschlossen. Die vereinbarten Honorare wurden vom Institut vereinnahmt und anschließend gekürzt an die Beteiligten ausgezahlt.

...

Hervorzuheben sind u. a. die Aufträge der FDP-Bundestagsfraktion, die die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sowie Eckpunkte eines Gesetzentwurfs zum Gegenstand hatten, sowie des VSHEW e. V. Dieser beschäftigte sich mit der Vergabe von Wegenutzungsrechten (Konzessionen) und den in diesem Kontext zulässigen Vergabekriterien nach dem EnWG. Das Gutachten soll Eingang in ein Verfahren finden, bei dem derzeit die Revision beim BGH anhängig ist.

Das Lorenz-von-Stein-Institut hat Anfang des Jahres 2013 erneut erfolgreich an der Ausschreibung einer Rahmenvereinbarung für rechtswissenschaftliche Beratungs- und Gutachter-tätigkeiten der ÖPP Deutschland AG teilgenommen. Die Laufzeit des Rahmenvertrags beträgt weitere drei Jahre. Die auf dieser Grundlage erfolgende Zusammenarbeit mit der ÖPP Deutschland AG konnte weiter ausgebaut werden. So wurden im Jahr 2013 fünf gemeinsame Projekte zu verschiedenen Themen durchgeführt (...).

In Kooperation mit dem Kompetenzzentrum für Verwaltungsmanagement an der Fachhochschule Altenholz – komma – bietet das Lorenz-von-Stein-Institut weiterhin regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen an. Neben dem Thema »Kommunalrecht« wurde, dem Forschungsschwerpunkt des Instituts folgend, eine neue Veranstaltung zu den »Rechtlichen Grundlagen der elektronischen Kommunikation« etabliert.

Die Anzahl der Gutachtenaufträge dürfte durch die bewährte Zusammenarbeit mit der ÖPP Deutschland AG im kommenden Jahr eher noch zunehmen.

V. Sitzungen der Gremien des Instituts

Im Berichtszeitraum tagte der Vorstand des Lorenz-von-Stein-Instituts dreimal: 18.01.2013, 24.05.2013 und 15.10.2013.

VI. Veranstaltungen des Instituts

Auch im Berichtszeitraum wurden – wie in der Vergangenheit – Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, regelmäßig in Kooperation mit der Lorenz von Stein-Gesellschaft oder anderen Akteuren, durchgeführt.

Im Berichtszeitraum fanden folgende Veranstaltungen statt:

- **Lorenz-von-Stein-Gedächtnisvorlesung 2012**

Am 15. November 2012, dem Geburtstag des Namensgebers des Instituts, fand auch 2012 die alljährliche Lorenz-von-Stein-Gedächtnisvorlesung statt. Referent war Prof. Dr. *Felix Welti*, Universität Kassel (FB Humanwissenschaften, Institut für Sozialwesen, Abteilung Sozialpolitik, Recht, Soziologie, Fachgebiet Sozialrecht der Rehabilitation und Recht der behinderten Menschen). Unter dem Titel »Lorenz von Stein und das Recht auf eine gute Sozialverwaltung« bettete Welti aktuelle Debatten um das – auch im europäischen Recht verankerte – Recht auf gute Verwaltung in den historischen Kontext des Werks Lorenz von Steins ein.

- **12.03.2013: Hochschulfinanzierung und Finanzkontrolle**

Am 12. März 2013 veranstaltete das Institut in Kooperation mit dem Landesrechnungshof Schleswig-Holstein eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, um die Besonderheiten der Finanzkontrolle im Hochschulbereich zu beleuchten. Die Veranstaltung ist die Fortsetzung einer Veranstaltungsreihe zur Finanzkontrolle und der Rolle der Rechnungshöfe, die im Herbst 2011 mit einer Tagung zu Prüfungskompetenzen der Rechnungshöfe bei ausgegliederter Aufgabenwahrnehmung begründet wurde. Vorträge hielten u. a. Prof. Dr. *Ulrich Karpen*, Seminar für Öffentliches Recht und Staatslehre, Universität Hamburg, Dr. *Aloys Altmann*, Präsident des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein, *Richard Höptner*, Präsident des Landesrechnungshofes Niedersachsen, sowie für das Institut Prof. Dr. *Christoph Brüning*. Die abschließende Podiumsdiskussion, u. a. mit Prof. Dr. *Gerhard Fouquet*, Präsident der CAU zu Kiel, und Prof. Dr. *Waltraud Wende*, Ministerin für Bildung und Wissenschaft, wurde moderiert von Prof. Dr. *Utz Schliesky*.

- **21.06.2013: 17. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht**

Das Lorenz-von-Stein-Institut lud wie auch in den vergangenen Jahren als Mitveranstalter zum 17. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht ein. Am 21. Juni 2013 wurden in Schleswig (OVG) Rechtsprobleme aktuelle Entwicklungen im Beihilfen- und im Amtshaftungsrecht diskutiert. Vorträge hielten u. a. Prof. Dr. *Carsten Nowak*, Europa-Universität Viadrina, *Rüdiger Balduhn*, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein, und Rechtsanwalt *Hermann Schumacher*, Dr. Eick & Partner, Hamm.

VII. Veröffentlichungen im institutseigenen Verlag

Der institutseigene Verlag konnte im Berichtszeitraum zahlreiche neue Werke veröffentlichen; dabei konnten in einigen Fällen wieder beträchtliche Druckkostenzuschüsse eingeworben werden, sodass auch die Veröffentlichung weniger »rentabler« Werke finanziell abgesichert ist. Hervorzuheben ist die Entwicklung der »Schriften zur Modernisierung von Staat und Verwaltung«. Seit der Begründung der Reihe und des Erscheinens des ersten Bandes im Jahre 2008 konnten mittlerweile insgesamt 18 Werke veröffentlicht werden. Es handelt sich in der Mehrzahl um die Ergebnisse der Forschungsprojekte des Forschungsbereichs »Staatliches Innovationsmanagement« sowie um in diesem Rahmen entstandene Doktorarbeiten.

- **Arbeitspapiere**

AP 101 Ylva Blackstein

Das Landesverfassungsgericht von Schleswig-Holstein

AP 102 Brüning u. a.

Die Rolle der Kommunen bei der Vergabe von Konzessionen nach § 46 EnWG

AP 103 Victoria Bunge

Die rechtliche Gewährleistung der Kommunikation bei behinderten Menschen

- **Schriften zur Modernisierung von Staat und Verwaltung**

MSV 16 Anika D. Luch / Sönke E. Schulz

Das Recht auf Internet als Grundlage der Online-Grundrechte

MSV 17 Schliesky u.a.

Arbeitsteilung 2.0 - Kollaboratives Arbeiten der deutschen Verwaltung

MSV 18 Bosesky u.a.

Datenhoheit in der Cloud

- **Quellen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte**

Q 34 Felix Welti

Lorenz von Stein und das Recht auf eine gute Sozialverwaltung

- **Landesrecht Schleswig-Holstein**

GLSH 1.5 Bernd Hofer
Gesetze des Landes Schleswig-Holstein – Textsammlung (5. Auflage 2013)

VIII. Veröffentlichungen

Im Berichtszeitraum veröffentlichten Vorstand, aktive und freie Mitarbeiter des Instituts nicht nur im institutseigenen Verlag, sondern auch zu den Themen der Drittmittelprojekte und weiteren Aspekten der Verwaltungsmodernisierung in zahlreichen anderen Publikationen.

- **Prof. Dr. Christoph Brüning (Auswahl)**

- Zum Verhältnis von öffentlichem Preisrecht und Vergaberecht, Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht (ZfBR) 2012, S. 642 ff.
- Die Erweiterungsfähigkeit des geltenden Preisrechts, Zeitschrift für das gesamte Vergaberecht (VergabeR) 2012, S. 833 ff.
- Kommunalverfassungsrecht, in: Ehlers, Dirk/Fehling, Michael/Pünder, Hermann (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, Band 3, C. F. Müller, Heidelberg 2013, § 64 Kommunalverfassung
- Haftung der Kommunen und ihrer Bediensteten am Beispiel der Abwasserbeseitigung, Die Gemeinde SH 2013, S. 94 ff.
- Möglichkeiten und Grenzen einer unionsrechtlichen Regulierung des Glücksspiels im europäischen Binnenmarkt, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) 2013, S. 23 ff.
- Kompensation verfassungswidriger Alimentationsdefizite durch Ausgleichszahlungen der Universitäten (gemeinsam mit Juhani M. V. Korn), Zeitschrift für Beamtenrecht (ZBR) 2013, S. 20 ff.
- Nationale Staats- und Betreiberhaftung für Umweltschäden, Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts 2013 (Bd. 119), S. 139 ff.
- (Verfassungs-)Rechtliche Maßstäbe an Funktional- und Territorialreformen, in: Bauer, Hartmut/Büchner, Christiane/Franzke, Jochen (Hrsg.), Starke Kommunen in leistungsfähigen Ländern, Universitätsverlag Potsdam 2013, S. 27 ff.
- Die Rolle des Bürgers bei Funktional- und Territorialreformen auf kommunaler Ebene, Zeitschrift für Gesetzgebung (ZG) 2013, S. 155 ff.
- Neujustierung repräsentativer, direkt-demokratischer und partizipatorischer Elemente im Kommunalverfassungsrecht de lege lata und de lege ferenda, Der Landkreis 2013, S. 256 ff.
- Energieintelligente Steuerung mittels (sonstiger) Satzungen und Abgaben?, in: Institut für Berg- und Energierecht (Hrsg.), Kommunale Energiewirtschaft und – Politik im Koordinatensystem des neuen Energierechts, erscheint demnächst
- Öffentliche Unternehmen im Wettbewerbs- und Vergaberecht, in: Schulte, Martin/Kloss, Joachim (Hrsg.), Handbuch Öffentliches Wirtschaftsrecht, erscheint demnächst
- §§ 101 bis 106 VwGO, in: Posser/Wolff (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar Verwaltungsgerichtsordnung
- § 35 GewO, in: Pielow (Hrsg.), Beck'scher Online-Kommentar Gewerbeordnung
- § 6 KAG, in: Driehaus (Hrsg.), Kommunalabgabenrecht Kommentar (Loseblatt), Verlag Neue Wirtschafts-Briefe, Herne/Berlin
- §§ 46 bis 57 WVG, in: Reinhardt/Hasche (Hrsg.), Wasserverbandsgesetz Kommentar, Verlag C.H. Beck, München 2011

- **Prof. Dr. Utz Schliesky (Auswahl)**

- Öffentliches Wirtschaftsrecht, Lehrbuch – Start ins Rechtsgebiet, 4. Aufl., Heidelberg 2013
- Friedrich Christoph Dahlmann (1785 – 1860), Schriftenreihe »Demokratie. Köpfe. Schleswig-Holstein«, Band 1, Husum 2012
- Die Neubestimmung der Privatheit. Schriftenreihe Verwaltungsressourcen und Verwaltungsstrukturen, Baden-Baden 2013 (gemeinsam mit Hill, Hermann)
- Kommentierung des Art. 91d GG, in: Dolzer/Kahl/Waldhoff/Graßhof (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, Erstbearbeitung, 2013
- Von der Verwaltungslehre zum staatlichen Innovationsmanagement, in: Erichsen/Schäferbarthold/Staschen/Zöllner (Hrsg.), Lebensraum Hochschule – Grundfragen einer sozial definierten Bildungspolitik, Festschrift für Albert von Mutius zum 70. Geburtstag, Siegburg 2012, S. 137 ff.
- Der Beitrag der Kammern zur Wertediskussion, in: Kluth (Hrsg.), Jahrbuch des Kammerrechts 2012, S. 69 ff.
- E-Government durch Recht, in: Weidemann/Bantle (Hrsg.), Recht – Verwaltung – Veränderung, Festschrift für Werner Finke zum 75. Geburtstag, Hamburg 2013, S. 43 ff. = DVP 2013, 420 ff.
- Art. 91c GG als archimedischer Punkt staatlicher Informationsverarbeitung und Wissensgenerierung im Bundesstaat, in: ZSE 11 (2013), 281 ff.

- Niels Nicolaus Falck (1784 – 1850) – Die Versöhnung von Recht und Politik, in: Knelangen/Stein (Hrsg.), *Kontinuität und Kontroverse – Geschichte der Kieler Politikwissenschaft*, 2013, S. 127 ff.
- Die Garantie der Freiheit – Zum 165. Geburtstag des Schleswig-Holsteinischen Staatsgrundgesetzes am 15.9.2013, in: *Schleswig-Holsteinische Landeszeitung* vom 17. September 2013, S. 8.
- **Prof. Dr. Dr. Ulrich Schmidt (Auswahl)**
 - Insurance Demand and Social Comparison: An Experimental Analysis, forthcoming in: *Journal of Risk and Uncertainty* (with A. Friedl and K. Lima de Miranda).
 - Common Consequence Effects in Pricing and Choice, forthcoming in: *Theory and Decision* (with S. Trautmann).
 - Regulierung des Glücksspiels in Deutschland: Das Glücksspielgesetz Schleswig-Holsteins und der Glücksspieländerungsstaatsvertrag aus ökonomischer Perspektive, forthcoming in: *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* (with K. Lima de Miranda).
 - Determining optimal transit charges: The Kiel Canal in Germany, in: *Journal of Transport Geography* 26 (2013), 29-42 (with N. Heitmann and K. Rehdanz)
 - Insurance Demand under Prospect Theory: A Graphical Analysis, forthcoming in: *Journal of Risk and Insurance*.
 - Overconfidence, Experience, and Professionalism: An Experimental Study, in: *Journal of Economic Behavior and Organization* 86 (2013), 92-101 (with L. Menkhoff and M. Schmeling).
 - Organspende in Deutschland: eine gigantische Fehlsteuerung, in: *Ökonomenstimme*, 1.11.2012.
- **Dr. Sönke E. Schulz (Auswahl)**
 - eProcurement-Lösungen in kooperativen Strukturen – Ein integriertes Shared-Services-Center als geeignetes Instrument, in: Gloeck/Broens (Hrsg.), *Public eProcurement*, 2013, S. 111-125
 - Ebenenübergreifendes Wissens- und Informationsmanagement der öffentlichen Verwaltung als Basis von Open Government Data, in: Dix u. a. (Hrsg.), *Jahrbuch für Informationsfreiheit und Informationsrecht 2012, 2013*, S. 247-274
 - Mit Pino Bosesky/Christian Hoffmann, Datenhoheit im Cloud-Umfeld, *DuD* 2013, S. 95-100
 - Mit Anika D. Luch, Die digitale Dimension der Grundrechte – Die Bedeutung der speziellen Grundrechte im Internet, *MMR* 2013, S. 88-93
 - Mit Christian Hoffmann/Franziska Brackmann, Die öffentliche Verwaltung in den sozialen Medien? – zur Zulässigkeit behördlicher Facebook-Fan-Seiten, in: *ZD* 2013, S. 122-125
 - Mit Franziska Brackmann, Elektronische Abwicklung der Erhebung von Elternbeiträgen, *KommJur* 2013, S. 81-88
 - Mit Christian Hoffmann, Kommunen im Web 2.0 – Nutzenanlässe und Rechtsfragen, *Die Gemeinde SH* 2013, S. 66-72
 - Mit Jakob Tischer, Verfassungsrechtliche Grenzen kommunalwirtschaftlichen Handelns – und der gesetzlichen Ausgestaltung desselben, *Die Gemeinde SH* 2013, S. 159-163
 - Einheitliche Vorgaben für die elektronische Staatskommunikation?, Blogbeitrag auf www.juwiss.de
 - Das Internet als Grundversorgung, Blogbeitrag auf www.juwiss.de
 - Mit Timm Christian Janda / Jakob Tischer, Offene Schnittstellen in der Kommunikation zwischen Bürger und Staat, Kurzgutachten im Auftrag des Internet & Gesellschaft Co:laboratory e.V., online veröffentlicht unter: <http://www.collaboratory.de/images/a/ac/OpenGovFactSheet1Schnittstellen.pdf>
 - Abgleich mit europäischen Initiativen, in: Kammer/Zapp (Hrsg.), *Das E-Government-Gesetz des Bundes, ISPRAT-Dossier*, 2013, S. 10-17.
 - Staatliche Daten und Informationen als öffentliche Sachen im Gemeingebrauch?, Blogbeitrag auf juwiss.de
 - Verfassungsrecht und Netzneutralität?, Eine Verteidigung der Pläne der deutschen Telekom zur Einführung volumenbegrenzter Internettarife, Blogbeitrag auf juwiss.de
 - Mit Christian Hoffmann, Rechtsrahmen ermöglicht Teilnahme an sozialen Netzwerken, *innovative Verwaltung*, 5/2013, S. 16-18.
 - IT als ministerielle Aufgabe? – Für ein zeitgemäßes Verständnis des Ressortprinzips, Blogbeitrag auf juwiss.de
 - Mit Pino Bosesky, Nicht ohne meine Daten!, *Behördenpiegel* 7/2013, S. 22.
 - Mit Timm Christian Janda/Jakob Tischer, Alles »open« – oder: wie offen sind die Kommunikationsbeziehungen zwischen Staat und Gesellschaft ausgestaltet?, in: Hill (Hrsg.), *Verwaltungskommunikation*, 2013, S. 9-29
 - Mit Anika D. Luch, Kommt nach der begründungslosen Briefwahl die Online-Wahl?, Blogbeitrag auf juwiss.de
 - Mit Ines Mergel/Philipp Müller/Peter Parycek, *Praxishandbuch Soziale Medien in der öffentlichen Verwaltung*, Wiesbaden 2013.
 - Aktuelle Entwicklungen im Informationszugangsrecht – erreicht ‚Open Data‘ den Gesetzgeber?, *VerwArch* 104 (2013), S. 327-343.
 - Mit Christian Hoffmann, Weg frei für Facebook-Fanseiten – Verwaltungsgericht Schleswig hebt Bescheide des Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig Holstein auf, Blogbeitrag auf juwiss.de
- **Kim Corinna Borchers**
 - Mit Utz Schliesky u. a., *Arbeitsteilung 2.0 – Kollaboratives Arbeiten der deutschen Verwaltung*, Kiel 2013.
 - Mit Johanna Jöns, *Rechtsprobleme der »Energiewende« und des Netzausbaus in Schleswig-Holstein – Tagungsbericht zum 16. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht, NordÖR* 2013, S. 153-155.

- **Pino Bosesky**
 - Mit Christian Hoffmann/Sönke E. Schulz, Datenhoheit im Cloud-Umfeld, DuD 2013, S. 95-100.
 - Mit Sönke E. Schulz, Nicht ohne meine Daten!, Behördenspiegel 7/2013, S. 22.
 - Mit Peter Deussen/Anne Quandt/Sönke E. Schulz/Dietlind Strick, Datenhoheit in der Cloud, 2013.
- **Franziska Brackmann**
 - Mit Sönke E. Schulz/Christian Hoffmann, Die öffentliche Verwaltung in den sozialen Medien? – zur Zulässigkeit behördlicher Facebook-Fan-Seiten, in: ZD 2013, S. 122-125
 - Mit Sönke E. Schulz, Elektronische Abwicklung der Erhebung von Elternbeiträgen, KommJur 2013, S. 81-88
- **Dr. Christian Hoffmann**
 - Apps der öffentlichen Verwaltung - Rechtsfragen des Mobile Government, MMR 2013, S. 631 ff.
 - Mit Pino Bosesky und Sönke E. Schulz, Datenhoheit im Cloud-Umfeld, DuD 2013, S. 95 ff.
 - Mit Sönke E. Schulz, Kommunen im Web 2.0 - Nutzenanlässe und Rechtsfragen, Die Gemeinde SH 2013, S. 66 ff.
 - Mit Franziska Brackmann und Sönke E. Schulz, Die öffentliche Verwaltung in den sozialen Medien? – zur Zulässigkeit behördlicher Facebook-Fan-Seiten, in: ZD 2013, S. 122 ff.
 - Mit Sönke E. Schulz, Rechtsrahmen ermöglicht Teilnahme an sozialen Netzwerken, in: Innovative Verwaltung 5/2013, S. 16 ff.
 - Mit Sönke E. Schulz, Weg frei für Facebook-Fanseiten – Verwaltungsgericht Schleswig hebt Bescheide des Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig Holstein auf, Blogbeitrag auf juwiss.de
- **Timm Christian Janda**
 - Mit Utz Schliesky/ Sönke E. Schulz u.a., Arbeitsteilung 2.0. Kollaboratives Arbeiten der deutschen Verwaltung, Kiel 2013
 - Mit Sönke E. Schulz/ Jakob Tischer, Offene Schnittstellen in der Kommunikation zwischen Bürger und Staat, Kurzgutachten im Auftrag des Internet & Gesellschaft Co:laboratory e. V., online veröffentlicht unter: <http://www.collaboratory.de/images/a/ac/OpenGovFactSheet1Schnittstellen.pdf>
 - Mit Sönke E. Schulz/Jakob Tischer, Alles »open« – oder: wie offen sind die Kommunikationsbeziehungen zwischen Staat und Gesellschaft ausgestaltet?, in: Hill (Hrsg.), Verwaltungskommunikation, 2013, S. 9-29
 - Mit Dominic Völz, Thesen zur Netzpolitik. Ein Überblick. DIVSI Diskussionsbeiträge 01, Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI), Hamburg 2013
- **Dr. Anika D. Luch**
 - Kommentierung von §§ 20, 21, 24 bis 28, in: Bauer/Heckmann/Ruge/Schallbruch (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz mit rechtlichen Aspekten des E-Government, Wiesbaden 2012.
 - Mit Sönke E. Schulz Kommentierung von §§ 7 und 8 Passgesetz, in: Wallhalla Fachverlag (Hrsg.), Melderecht, Passrecht, Ausweisrecht, Losebl., Regensburg 2012.
 - Mit Sönke E. Schulz, »Die digitale Dimension der Grundrechte – Die Bedeutung der speziellen Grundrechte im Internet«, MMR 2013, S. 88 ff.
 - Mit Sönke E. Schulz »Das Recht auf Internet als Grundlage der Online-Grundrechte«, Kiel 2013.
 - Mit Utz Schliesky/Sönke E. Schulz, »Kooperation im Bundesstaat«, DÖV 2013, i. E.
 - § 12 »Handlungsformen« und § 31 »Beauftragte«, in: Morlok/Schliesky/Wiefelspütz (Hrsg.), Handbuch Parlamentsrecht, i. E.
 - Mit Sönke E. Schulz, Kommt nach der begründungslosen Briefwahl die Online-Wahl?, Blogbeitrag auf juwiss.de
- **Jakob Tischer**
 - Der Bürgerhaushalt – eine innovative Partizipationsform auch für die Kommunen in Schleswig-Holstein?, Die Gemeinde SH 2012, S. 238-242.
 - Identifikationsdienste für das Management von E-Partizipation auf kommunaler Ebene – Begriffe, Anwendungsszenarien und ausgewählte Rechtsfragen, VM 2013, S. 3-11.
 - Offene Schnittstellen in der Kommunikation zwischen Bürger und Staat, Kurzgutachten im Auftrag des Internet & Gesellschaft Co:laboratory e. V. (Februar 2013), online veröffentlicht unter: <http://www.collaboratory.de/images/a/ac/OpenGovFactSheet1Schnittstellen.pdf> (mit Sönke E. Schulz/Timm Christian Janda)
 - Arbeitsteilung 2.0 – Kollaboratives Arbeiten der deutschen Verwaltung, Kiel 2013 (mit Utz Schliesky u. a.).
 - Kommentierung des § 12 GO – Wappen, Flagge und Siegel (Überarbeitung), in: Praxis der Kommunalverwaltung, B 1 SH – Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein, Loseblattsammlung, 460. Ergänzungslieferung (April 2013) = Bülow u. a. (Hrsg.), Kommunalverfassungsrecht Schleswig-Holstein, Loseblattsammlung, 44. Ergänzungslieferung (Februar 2013).
 - Das Gesetz für Bürgerbeteiligung und vereinfachte Bürgerbegehren in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreisen – ziel- und sachgerechte Neujustierung des Instrumentariums?, Die Gemeinde SH 2013, S. 62-66 (mit Utz Schliesky).
 - Möglichkeiten einer gesetzgeberischen Steuerung von Verwaltungsreformen – Am Beispiel der Wasser- und Schiffsverkehrsverwaltung des Bundes, DÖV 2013, S. 361-370 (mit Utz Schliesky).
 - Die Rolle der Kommunen bei der Vergabe von Konzessionen nach § 46 EnWG, Kiel 2013 (mit Christoph Brüning u. a.).

- Verfassungsrechtliche Grenzen kommunalwirtschaftlichen Handelns – und der gesetzlichen Ausgestaltung desselben, Die Gemeinde SH 2013, S. 159-163 (mit Sönke E. Schulz).
- »Alles open« – oder: wie offen sind die Kommunikationsbeziehungen zwischen Staat und Gesellschaft ausgestaltet?, in: Hill (Hrsg.), Verwaltungskommunikation, Baden-Baden 2013, S. 9-29 (mit Sönke E. Schulz/Timm Christian Janda).
- **Dominic Völz**
 - Mit Timm Christian Janda, Thesen zur Netzpolitik – Ein Überblick, erschienen in den Schriften des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet, abrufbar unter: <https://www.divisi.de/publikationen/schriften/thesen-zur-netzpolitik/>
- **Johanna Jöns**
 - Mit Kim Corinna Borchers, Rechtsprobleme der »Energiewende« und des Netzausbaus in Schleswig-Holstein – Tagungsbericht zum 16. Schleswiger Forum zum Öffentlichen Recht, NordÖR 2013, S. 153-155.

IX. Vorträge

Durch die Teilnahme der Mitarbeiter des Instituts an zahlreichen Veranstaltungen zum Thema »Verwaltungsmodernisierung«, schwerpunktmäßig zu den Themen der Drittmittelprojekte, im gesamten Bundesgebiet sowie der beratenden und unterstützenden Mitarbeit in verschiedenen Gremien (z. B. AG 3 des IT-Gipfels, JuristInnen Netzwerk E-Government) konnte der Bekanntheitsgrad des Instituts und seiner Arbeit weiter gesteigert werden. Im Rahmen des ISPRAT-Forschungsverbundes fanden zudem zahlreiche kleinere und größere Workshops statt; u. a. der ISPRAT-Wissenschaftstag an der TU München. Diese wurden genutzt, um das interdisziplinäre Netzwerk des Instituts auszubauen und neue Kooperationen zu begründen.

- **Prof. Dr. Christoph Brüning (Auswahl)**
 - Verständnis und Schutz digitaler Privatheit, IV. Symposium »E-Volution des Rechts- und Verwaltungssystems«: Neubestimmung der Privatheit, Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften an der CAU, 17./18. Januar 2013 in Kiel
 - Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen in der Gebührenkalkulation, Fachtagung »Gebührenrecht«, Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, 14. März 2013 in Recklinghausen
 - Neujustierung repräsentativer, direkt-demokratischer und partizipatorischer Elemente im Kommunalverfassungsrecht de lege lata und de lege ferenda, DLT-Professorengespräch »Kommunale Selbstverwaltung in der Bewährung«, Deutscher Landkreistag, 04./05. April 2013 in Berlin und Neuhardenberg
 - Wettbewerb um Netze und Konzessionen: Muss der Gesetzgeber nachbessern?, VSHEW-Arbeitstagung »Kurs: Energiewende«, Verband der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft, 23./24. Mai 2013 in Lübeck-Travemünde
 - Kommunale Gebührentage, Seminar, vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., 24./25. Juni 2013 in Dortmund
 - Aktuelle Fragen des Kommunalabgabenrechts, Seminar, vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., 19. September 2013 in Neumünster
- **Prof. Dr. Utz Schliesky (Auswahl)**
 - Aktuelle Herausforderungen für eine moderne kommunale Selbstverwaltung, Vortrag vor der Vereinigung der hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte am 25. Oktober 2012 in Damp
 - Wer regiert wen in der Europäischen Union?, Vortrag im Alten Landtag in Oldenburg/O. am 30. Oktober 2012; nochmals gehalten in der Hermann Ehlers Akademie in Kiel am 7. November 2012 in Kiel und in der Lauenburgischen Akademie für Wissenschaften und Kultur der Stiftung Herzogtum Lauenburg am 22. November 2012 in Mölln
 - Erweiterung, Vertiefung, Demokratie – das Trilemma der europäischen Integration, Vortrag in der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein am 9. November 2012 in Sankelmark
 - Die Verwaltung des 21. Jahrhunderts, Vortrag auf der 9. Tagung des Führungskreises Öffentliche Verwaltung der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di am 23. Oktober 2013 in Berlin
 - Demokratie + Republik + Bürger = Mehr Bürgerbeteiligung?, Vortrag auf den Hochschultagen der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistungen am 30. Oktober 2013 in Altenholz

■ Dr. Sönke E. Schulz

- 03.12.2012 Podiumsdiskussion Vom Papier zum Pixel – Der Weg zur digitalen Verwaltung; DStGB-Lounge, Lecos GmbH, Leipzig
- 04.12.2012 Die öffentliche Verwaltung in sozialen Medien – Social Media Guidelines als handlungsleitender Rahmen?; 7. Regionalkonferenz »Wirtschaft trifft Verwaltung«, WIRSOL Rhein-Neckar-Arena, Sinsheim
- 10.01.2013 Die öffentliche Verwaltung in den sozialen Medien; im Rahmen der »Olshausener Runde«, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
- 14.01.2013 Vernetzte kollaborative Verwaltung – Fragestellungen und Begrifflichkeiten; ISPRAT Arbeitsgruppe, Capgemini, Berlin
- 18.01.2013 Die digitale Dimension der Grundrechte – zur Bedeutung digitaler Handlungsweisen für die Persönlichkeitsentfaltung; 4. Symposium »E-Volution des Rechts- und Verwaltungssystems«: Neubestimmung der Privatheit, Hermann-Ehlers-Akademie, Kiel
- 20.02.2013 Rechtliche Anforderungen an Cloud Computing in der Verwaltung; 19. Berliner Anwenderforum E-Government, Bundespresseamt, Berlin
- 20.02.2013 Podiumsdiskussion Behörden und Social Media – zwischen Hype und Illegalität; 19. Berliner Anwenderforum E-Government, Bundespresseamt, Berlin
- 21.02.2013 Open Data für die Stadt Leipzig – Überblick über Rechtslage und Rechtsfragen; IT- und E-Government-Projekttagung, Neues Rathaus, Leipzig
- 07.03.2013 Sachverständigenanhörung zum Gesetz zur Änderung des Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetzes und zur Aufhebung des Personalausweisgesetzes (Drs. 5/6428) und zum Gesetz zur Neuregelung des Informationszugangs im Land Brandenburg (Drs. 5/5787); Ausschuss für Inneres, Landtag Brandenburg, Potsdam
- 10.04.2013 Quo vadis, E-Government?; DStGB-Lounge »Vom Papier zum Pixel« – Der Weg zur digitalen Verwaltung, Kulturzentrum PFL der Stadt Oldenburg
- 10.04.2013 Podiumsdiskussion Vom Papier zum Pixel – Der Weg zur digitalen Verwaltung; DStGB-Lounge, Kulturzentrum PFL der Stadt Oldenburg
- 11.04.2013 Helfen transparente Verfahren unliebsame Entscheidungen zu akzeptieren?; Tagung »Offenes Regierungshandeln: Neue Qualität im Verhältnis von Bürger und Staat«, Veranstalter: Gesellschaft für Programmforschung und Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- 11.04.2013 Podiumsdiskussion eGovernment reloaded – hilft das neue Gesetz?, Stolpersteine und Bremsklötze auf dem Weg zu eGovernment; ESG e. V., Kanzlei Rödl & Partner, Köln
- 22.04.2013 Verfassungsrechtliche Grenzen kommunalwirtschaftlichen Handelns; Auftaktveranstaltung »Fortentwicklung des Gemeindefinanzrechts«, Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
- 22.04.2013 Podiumsdiskussion Fortentwicklung des Gemeindefinanzrechts; Auftaktveranstaltung »Fortentwicklung des Gemeindefinanzrechts«, Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein
- 10.05.2013 Big Data und Datenschutz – Impulsreferat; DStGB Strategiekreis Rechenzentren, Roundtable Zukunft der Informationstechnologie, Einsatzführungskommando der Bundeswehr, Henning-von-Tresckow-Kaserne, Potsdam
- 13.05.2013 Open Data im Landkreis Göttingen – Creative Commons und andere Lizenzmodelle; Ausschuss für Personal, Organisationsentwicklung, Integration und Gleichstellung, Landkreis Göttingen
- 15.05.2013 Offene Schnittstellen – Wo existieren sie und wie lassen sie sich im Sinne des Open Government aktivieren?; Effizienter Staat 2013, dbb forum, Berlin
- 17.05.2013 Zusammenarbeit organisieren: Wie soll das gehen?; Zukunftsforum Digitale Bürgerbeteiligung, Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- 10.06.2013 Mit Christian Hoffmann, Datenhoheit in der Cloud, 5. ISPRAT-Wissenschaftstag, TU München
- 05.09.2013 Rechtliche Rahmenbedingungen des Open Government, 16. Sitzung der Projektgruppe Open.NRW, Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
- 16.09.2013 ÖPP und ÖÖP als Rechtsbegriff – oder: Was macht aus einer Zusammenarbeit eine »Partnerschaft«?, 3. ÖPP Summer School, Universität Potsdam

■ Dr. Christian Hoffmann

- 15.05.2013: Kommunen bei Facebook – Sinnvolle Serviceleistung oder überflüssiger Unfug?, Effizienter Staat 2013, Berlin
- 04.06.2013: Rechtssichere und erfolgreiche Social-Media-Strategien für Städte und Gemeinden, 14. Kongress neue-Verwaltung, Leipzig
- 10.07.2013: Datenhoheit in der Cloud, 5. ISPRAT-Wissenschaftstag, München, gemeinsam mit Dr. Sönke E. Schulz
- 16.09.2013: Aktuelle Rechtsfragen von Social Media, KGSt Innovationszirkel »Social Media-Management«, Hamburg
- 25.09.2013: Cloud Computing für die öffentliche Verwaltung, BITKOM Arbeitskreis öffentliche Aufträge, Frankfurt
- 26.09.2013: Datenhoheit in der Cloud, PITS 2013, Berlin

■ Timm Christian Janda

- 25.10.2013 Open Government – vom elektronischen zum offenen Regieren, Seminar Open Government: Mehr Transparenz und Partizipation für eine bessere Politik?, Theodor-Heuss-Akademie, Gummersbach ...

■ Jakob Tischer

- 18.7.2013: Die Kostenübersicht nach § 16g Abs. 3 Satz 2 GO SH, Tagung »Neuregelung der Kostenschätzung in § 26 Abs. 2 Satz 5 GO NRW«, Westfälische Wilhelms-Universität Münster.

X. Fortbildungsveranstaltungen

Im Berichtszeitraum wurden neben den öffentlichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen auch Fortbildungen für Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein angeboten. In Kooperation mit der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung, KOMMA – Kompetenzzentrum für Verwaltungsmanagement –, wurde (erneut) folgende Veranstaltung durchgeführt:

- Dreitägiges Aufbau- und Vertiefungsseminar zum **Kommunalrecht**, vom 25. bis zum 27. September 2013 in Bordesholm.

Neben dem Thema »Kommunalrecht« wurde, dem Forschungsschwerpunkt des Instituts folgend, eine Veranstaltung zu den »Rechtlichen Grundlagen der elektronischen Kommunikation« konzipiert und am 14.03.2013 in Altenholz ausgerichtet.

Prof. Dr. *Christoph Brüning*, Dr. *Christian Hoffmann* und Dr. *Sönke E. Schulz* haben im Berichtszeitraum einen Fernlehrgang für Nichtjuristen zum Thema »Vergaberecht« konzipiert, der vom vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. angeboten wird und zwölf Lektionen umfasst.

XI. Lehrveranstaltungen

Prof. Dr. Dr. *Ulrich Schmidt* ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft, Sozialpolitik und Gesundheitsökonomik und einer Forschungsprofessur am Institut für Weltwirtschaft. Er bietet regelmäßig Vorlesungen zu den Themengebieten Finanzwissenschaft, Sozialpolitik und Entscheidungstheorie sowie Seminare zu aktuellen Themen an. Zudem ist er Mitorganisator des Verhaltensökonomischen Seminars am Institut für Weltwirtschaft.

Prof. Dr. *Utz Schliesky*, Mitglied des Vorstandes, bot im Wintersemester 2012/2013 Vorlesung zum »Wirtschaftsverwaltungsrecht/Öffentliches Wirtschaftsrecht« und im Sommersemester 2013 zur »Verwaltungslehre/Verwaltungswissenschaften« an. Derzeit betreut er im Wintersemester 2013/2014 eine Vorlesung zum »Recht der staatlichen Innovationen«.

Prof. Dr. *Christoph Brüning* ist Koordinator des universitären Schwerpunktbereichs 3 (Staat und Verwaltung). Er bietet zahlreiche Lehrveranstaltungen und Seminare zu diesen Themen an, so u. a. die Vorlesungen zum Kommunalrecht, Umweltrecht, Privatisierungs- und Vergaberecht sowie zum Verwaltungsverfahrens- und Prozessrecht. Hinzu kommt ein Seminar »Öffentliches Wirtschaftsrecht«. Gemeinsam mit Prof. Dr. *Florian Becker* ist er Ausrichter der »Olshausener Runde«, die alle zwei Wochen ausgerichtet wird und aktuelle Rechtsfragen des öffentlichen Rechts behandelt.

Dr. *Sönke E. Schulz*, geschäftsführender wissenschaftlicher Mitarbeiter, ist im Wintersemester 2013/2014 erneut Übungsleiter der »Übung im Öffentlichen Recht für Fortgeschrittene«. Zudem beteiligt er sich regelmäßig am Examensübungs-klausurenkurs der Rechtswissenschaftlichen Fakultät.

XII. Stellungnahmen

Im Berichtszeitraum wurde das Lorenz-von-Stein-Institut insbesondere vom Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu mehreren Gesetzentwürfen angehört. Das Institut kam dieser Bitte regelmäßig nach, die Stellungnahmen sind als Umdrucke des Landtages der Öffentlichkeit zugänglich:

- Stellungnahme zum Antrag »Charta für Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben«, Drucksache 18/825, sowie zum Änderungsantrag, Umdruck 18/1373, veröffentlicht als Umdruck 18/1634 des Schleswig-Holsteinischen Landtages.
- Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Volksinitiative »Für vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreisen«, LT-Drs. 17/2240, sowie zum Antrag der Volksinitiative »Für Volksentscheide ins Grundgesetz«, LT-Drs. 17/2239, veröffentlicht als Umdruck 18/5 des Schleswig-Holsteinischen Landtages.
- Stellungnahme zum Gesetzentwurf zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und der Gemeindeordnung LT-Drs. 18/91, veröffentlicht als Umdruck 18/259.
- Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes für Bürgerbeteiligung und vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreisen (Gesetz zur Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung), LT-Drs. 18/310, veröffentlicht als Umdruck 18/608.

Zur Vermeidung von Wiederholungen wird im Übrigen auf die Informationen auf der Homepage des Instituts verwiesen!

www.lorenz-von-stein-institut.de